

Inhaltsverzeichnis

1. Die Bedeutung der Gefangenentelefonie für die Resozialisierung	9
1.1 Einleitung und Begriffsklärung	9
1.2 Resozialisierung in Haft: Resozialisierungsauftrag im Strafvollzug und Bedeutung der Gefangenentelefonie	11
1.2.1 Rechtlicher Rahmen	11
1.2.2 Stand der empirischen Forschung	13
1.2.2.1 Unterstützung	13
1.2.2.2 Verhinderung Entfremdungsprozess	14
1.2.2.3 „Identity change and role taking“	16
1.2.2.4 Berücksichtigung des individuellen Bedingungsgefüges von Telefonkontakten	18
1.2.2.5 Mögliche negative Auswirkungen der Gefangenentelefonie	20
1.2.2.6 Allgemeiner Resozialisierungsbeitrag der Gefangenentelefonie in Haft	21
1.2.2.7 Übergang Haft – Außenwelt	23
1.3 Gefangenentelefonie und der Resozialisierungsprozess nach Haftentlassung	23
2. Gesetzliche Regelungen zur Gefangenentelefonie und ihre praktische Umsetzung	29
2.1 Deutschland	29
2.1.1 Einleitung	29
2.1.2 Gesetzlicher Rahmen	32
2.1.2.1 Konzeptionelle Besonderheiten des Strafvollzugsrechts	33
2.1.2.2 Grundregeln zur Gefangenentelefonie	34
2.1.2.3 Weitere Regeln zur Gefangenentelefonie	42
2.1.2.4 Fazit	45
2.1.3 Praxis	46
2.1.3.1 Technische und organisatorische Rahmenbedingungen	47
2.1.3.2 Entscheidungspraxis	50

2.1.3.3 Entscheidungskriterien	51
2.1.3.4 Umfang der Gefangenentelefonie	53
2.2 Europarats-Empfehlungen	56
2.2.1 Europäische Strafvollzugsgrundsätze	57
2.2.2 Weitere Empfehlungen	58
2.2.3 Feststellungen und Stellungnahmen des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) zur Gefangenentelefonie	59
3. Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit der Gefangenentelefonie	68
4. Praxis der Überwachung von Telefongesprächen im Strafvollzug	72
4.1 Allgemeine Kontrollen	73
4.2 Individuelle Kontrollen	75
5. Zusammenfassung	78
Literaturverzeichnis	85
Anhänge	91
Anhang 1: Sammlung ausgewählter Gesetzestexte der Bundesländer	91
Anhang 2: Auszüge aus den Berichten des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)	108
Anhang 3: Fragebogen an die Landesjustizministerien	181
Angaben zu Autor und Autorin	191